

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 9

Rubrik: Politischer Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wohntes mißsen — enträtseln werden sie das Geheimnis genialer Schöpfung niemals ganz.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Um den Austritt aus dem Völkerbund. — Die Winteression der Bundesversammlung. — Der Ausgang des Zonenkonflikts. — Aus Genfs politischem Leben. — Der Lausanner Fehlspruch.

Die Sorge um die weitere Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund treibt heute Besslissene im Lande herum. In 18 Vorträgen will Prof. Bovet, der Generalsekretär der schweizerischen Völkerbundsvereinigung, wie wir der letzten Nummer der „Mitteilungen“ dieser Vereinigung entnehmen, zwischen dem 10. Oktober und 2. Dezember das Schweizervolk in seiner Liebe und seinem Glauben zum Versailler Völkerbund bestärken. Ein beinahe heroisches, beinahe auch lächerliches, sicherlich aber aussichtsloses Unternehmen. In diesen Vorträgen kann man viel von dem „Weltgewissen“ hören, das sich in Genf jeweils rege, zwar weniger unter den Völkerbunds-Delegierten als auf den Tribünen, unter dem zuschauenden Publikum, insbesondere in Herrn Bovet, dem unermüdlichen Tribünenbesucher selbst (wann endlich wird ein Amt für Herrn Bovet im Völkerbund frei?). Politisch von Bedeutung an Herrn Bovets Tätigkeit ist seine Stellungnahme zu unserer Neutralität. Herr Bovet hat in einem Vortrag in Zürich hervorgehoben, wie wenig Verständnis in Genf die Vertreter beispielsweise Frankreichs, Italiens, Englands u. s. w. dafür hätten, daß die Schweiz dem Völkerbund angehören, seiner Vorteile teilhaftig, aber trotzdem neutral sein wolle. Er, Bovet, sei der Überzeugung, daß unsere Außenpolitik künftig nicht mehr die gleiche sein könne wie vor 1914, sondern auf vollständig neue politische Grundsätze gegründet werden müsse.

Daß die Großmächte des Völkerbundes unsere Neutralität nicht gerne sehen, braucht uns Herr Bovet nicht erst zu versichern. Die Note des Obersten Rates vom 2. Januar 1920 ist uns noch zu gut in Erinnerung; die Völkerbunds-großmächte hatten darin zu verstehen gegeben, daß sie eine unter dem Vorbehalt des Weiterbestehens der immervährenden Neutralität abgegebene Beitrittserklärung der Schweiz nicht als gültig anerkennen könnten. Erst unter der Drohung, daß die Schweiz dann überhaupt nicht beitreten könne, ließen sie sich in der sog. Londoner Deklaration zu dem Zugeständnis einer „differenzierten“ Neutralität herbei, über deren Auslegung und Tragweite aber anläßlich des französischen Truppendurchzugsbegehrens vom Februar 1921 zwischen der Auffassung der Schweiz und des Völkerbundsrates bereits eine sehr große Verschiedenheit zu Tage trat. Wir meinen nun, es liege im Interesse unseres Landes, wenigstens noch das Wenige zu behaupten, was uns die Londoner Deklaration zugestanden hat. Herr Bovet, sich völlig mit dem Völkerbund solidarifizierend, neigt zu der Auffassung — natürlich ohne böse Absicht und ohne sich der Tragweite seines Bestrebens bewußt zu sein —, wir sollten unsere schweizerischen Interessen den Großmächtsinteressen opfern und freiwillig auch auf den uns noch verbliebenen Rest unserer Neutralität zugunsten des „Völkerbundes“ verzichten.

Einer Politik, die in ihren Folgerungen zum gleichen Ergebnis führen müßte, redet als Abgesandter der „Neuhelvetischen Gesellschaft“ heute auch Dr. Deri, der Auslandsredaktor der „Basler Nachrichten“, das Wort. Zur Zeit des Beitritts im Jahre 1920 eine Einmischung der kleinen Neutralen in die Großmachtspolitik der Völkerbundsmächte noch mit dem „Herumhüpfen eines Hundes im Regelmäßig“ vergleichend, erwartet Herr Deri heute die Rettung der

im Argen liegenden Welt einzig von einer rabiaten „Völkerbunds-Politik“ der paar neutralen Kleinstaaten. Für Herrn Deri ist die Welt so etwas wie eine Art Schulstube, in der die Völker die Rolle der Schulbuben und er, Herr Deri, diejenige des Schulmeisters spielen. Diese Schulmeisterrolle sollte nun nach Herrn Deri neuestens der schweizerische Staat durch die „einzig mögliche“ Einstellung seiner Außenpolitik auf eine „aufrichtige Völkerbunds-Politik“ übernehmen, wobei er in erster Linie die Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit ihres Beitritts zum Versailler Völkerbund zu überzeugen und Deutschland von seiner Verstoßtheit gegenüber der völkerbefreienden Société des Nations abzubringen hätte. Besonders angetan haben es in diesem Zusammenhang Herrn Deri der „Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz“ und diejenigen Parlamentarier, die im vergangenen Juni als Richtlinie der schweizerischen Außenpolitik mögliche Fernhaltung von den Händeln der Völkerbundsgroßmächte und ihrem Intrigenspiel gefordert hatten. Dem ersteren wirft er Demagogie vor, weil er gelegentlich in Wort und Schrift einer Meinung zum öffentlichen Ausdruck verhilft, die von vier Fünfteln des Schweizervolkes vertreten wird; den letztern Beschränktheit und Mangel an Weitblick, weil sie im Herumhüpfen der Schweiz im Regelspiel der internationalen Großmachtpolitik weder etwas für unser Land noch für sonst jemanden Ersprießliches zu erblicken vermögen. Am Schlusse seiner Ausführungen beschwört jeweils Herr Deri in bleicher Angst seine Zuhörerschaft vor einer Austrittsbewegung aus dem Völkerbund.

Wir sind mit Herrn Deri der Meinung, daß die Führung und Leitung unserer Außenpolitik Sache des Bundesrates, bezw. der Bundesversammlung ist. Das Volk soll nicht ohne Not Politik machen. Andererseits glauben wir, daß das Volk das Recht hat, die großen Richtlinien der Politik zu bestimmen, die sein Staat nach außen verfolgen soll, und daß es das Recht hat, seinen Willen zu bekunden, wenn es überzeugt ist, daß die von seinen Behörden getätigte Politik nicht mit den von ihm gewollten Richtlinien übereinstimmt. Das letztere war der Fall bei der vom Bundesrat seit dem Sommer 1921 in der Zonenfrage eingeschlagenen Politik. Durch das Referendum gegen das Zonenabkommen und die Abstimmung vom 18. Februar dieses Jahres hat das Volk bekundet, daß es keine Politik der Nachgiebigkeit und des Kompromisses auf Kosten der Schweiz, sondern eine solche zäher Verteidigung und Behauptung nationaler Rechte und Güter will. An diese Willenskundgebung hat sich der Bundesrat seither gehalten und das Volk steht geschlossen hinter ihm. An Bundesrat und Bundesversammlung liegt es heute, durch die Art ihrer Außenpolitik zu verhindern, daß das Volk nicht auch über die Grundeinstellung der schweizerischen Außenpolitik zur verfassungsmäßigen Kundgebung seines Willens auf dem Wege des Volksbegehrens greifen muß.

Sachlich und klar hat der Sekretär der Völkerbundsvereinigung für die deutsche Schweiz, Samuel Zurlinden, in der letzten Nummer der „Mitteilungen“ dieser Vereinigung die Verschiedenheit der Meinungen herausgehoben, die die Vertreter der Völkerbunds- und die Vertreter der Neutralitätspolitik leiten. „Sowohl der Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz wie die Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund — so führt Zurlinden dort u. a. aus — sind als politische Organisationen zu betrachten. Ihr Arbeitsfeld ist die auswärtige Politik unseres Landes, deren Richtlinien letzten Endes das Volk selbst zu bestimmen hat.“ Im Volksbund bestehe die Meinung, „das Heil der Schweiz beruhe auf ihrer absoluten Unabhängigkeit von allen andern Staaten“; man habe aber im ganzen doch den Eindruck, daß der Volksbund „mit seiner Politik ins Leere hineinsteuert. Das europäische Gleichgewicht, an das er glaubt, existiert nicht mehr, und den Völkerbund mag man nicht: also wohin geht denn die Fahrt?“ Die Völkerbundsvereinigung ziehe demgegenüber „denn doch bei weitem den Anschluß an eine Staatenorganisation, wie der Völkerbund, vor“; der Weltkrieg habe es „den Kleinstaaten mit Keulenschlägen beigebracht, daß für sie keine Sicherheit besteht, wenn nicht ein Weltgesetz geschaffen wird, das die mächtigen Militärstaaten an der Vergewaltigung der „Kleinen“ hindert.“

Wir gehen mit Herrn Burlinden durchaus einig in der Feststellung, daß es seit 1919 ein europäisches Kräftegleichgewicht nicht mehr gibt. Auseinander gehen unsere Meinungen dagegen in der Wertung dieses ehemaligen europäischen Kräftegleichgewichts und in der Einschätzung der Sicherung, die wir durch den Anschluß an die Staatenorganisation des Völkerbundes gewinnen. Wir stellen fest, daß das auf den Verträgen von 1815 beruhende europäische Gleichgewicht bis zu seiner Zerstörung durch die Verträge der Pariser Konferenz von 1919 die Schweiz vor jeder schwereren Verwicklung in fremde Händel, vor jeder tieferen Verletzung durch die Kriegsstürme, die in diesen 104 Jahren so oft, und zuletzt in furchtbarster Weise im Weltkrieg über Mittel- und Westeuropa hinwegfegten, bewahrt hat; daß die Schweiz unter dem Schutze ihrer, auf diesem europäischen Gleichgewicht beruhenden, vom Jahre 1815 bis 1919 nie schwerwiegend verletzten unbedingten und uneingeschränkten Neutralität sich nach innen und außen, staatlich und kulturell segensreich hat entwickeln können. Was hat uns demgegenüber der Anschluß an die Staatenorganisation des Völkerbundes in den 3½ Jahren, seit denen wir ihr angehören, geboten? Wir haben den Anschluß überhaupt nur unter teilweisem Verzicht auf unsere altbewährte Neutralität vollziehen können. Ein Jahr nach erfolgtem Anschluß wurde von der führenden Militärmacht dieser Staatenorganisation eines Tages das Ansinnen an uns gestellt, uns auch unserer zugesicherten militärischen Neutralität zu begeben und den Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten. Wohl nur dem Umstand, daß die Truppen an ihrem Bestimmungsort nicht gebraucht wurden, haben wir es zu verdanken, daß schließlich der Durchmarsch nicht stattfand. Vor einigen Wochen ist uns von derselben militärisch führenden Großmacht dieser Staatenorganisation in völkerrechtswidriger Weise Gewalt angetan worden. Daß uns von den übrigen Mitgliedern dieser Staatenorganisation, die nun das neue „Weltgesetz“ darstellen soll, „das die mächtigen Militärstaaten an der Vergewaltigung der Kleinen hindert“, Schutz dagegen zuteil werde, wagt kaum noch jemand bei uns zu hoffen. Solange die Großmächtekräfte sich in einem gewissen Gleichgewicht hielten, solange bestand eine Art ungeschriebenes „Weltgesetz“. Wollte eine Großmacht oder Großmächtegruppe einen Kleinen vergewaltigen, so fand dieser den Schutz einer andern Großmacht oder Großmächtegruppe. Das Kräftegleichgewicht der Großen war der Schutz der Kleinen. Die Verträge von 1919 haben das Gleichgewicht der Kräfte zerstört und damit die Kleinen und Schwachen eigentlich erst schutzlos und rechtlos gemacht. Wir sind auch in der Großmächtegruppe, die sich 1919 im Völkerbund organisiert hat, schutzlos dem Großmachtswillen ausgeliefert, der sich heute in Europa zügellos austobt und solange weiter zügellos austoben wird, als ihm nicht die nötigen Gegenkräfte erwachsen sind und damit nicht wieder ein gewisser Ausgleich der Großmachtsträfte stattgefunden hat.

Bevor dieser Ausgleich stattgefunden hat, bleibt unsere außenpolitische Lage unsicher. Die Frage heißt daher für uns heute auch nicht in erster Linie: sollen wir im Völkerbund verbleiben oder sollen wir austreten?, sondern: wie erhalten wir uns nach außen wehrhaft und im Innern geschlossen? Besonders das letztere. Ohne innere Geschlossenheit keine äußere Wehrhaftigkeit! Seit dem 16. Mai 1920 sind die Meinungen über die von der Schweiz zu befolgende Außenpolitik gespalten. Auf der Grundlage einer „Völkerbunds-Politik“ als schweizerischer Außenpolitik kann aber die Einigkeit nicht wieder hergestellt werden. Einig nach innen und wehrhaft nach außen war unser Staat immer nur auf der Grundlage einer grundsätzlichen Neutralitätspolitik. Er wird es auch künftig nur auf dieser Grundlage sein. Auf diese müssen wir daher wieder zusteuern. Dahin „geht die Fahrt!“ Hände weg von der Politik der Großmächte und ihrem Intrigenspiel! „Ins Leere steuernd“ mag eine solche Politik vom Standpunkt der Großmächte aus erscheinen, die durch die Organisation des Völkerbundes ihre Kriegsgewinne und die Zerstörung des europäischen Kräftegleichgewichts zu konsolidieren suchen. Vom Standpunkte des schweizerischen Staates und der Erhaltung seiner Unversehrtheit und Selbständigkeit aus ist sie die „einzig mögliche“ schweizerische Außenpolitik.

Am 3. Dezember tritt die Bundesversammlung zu ihrer ordentlichen Winter-Session zusammen. Bundesrat Motta hat im Ständerat vom 5. Oktober dieses Jahres in seiner Antwort auf das Votum von Ständerat Brügger über den Garantiepakt u. a. ausgeführt: „Sie werden ohne Zweifel schon im Dezember, wenn Sie unsern nächsten Bericht (über die IV. Völkerbundsversammlung) erhalten, Gelegenheit haben, festzustellen...“ u. s. w. Es wäre in der Tat wünschenswert, wenn der Bericht des Bundesrates über die IV. Völkerbundsversammlung schon jetzt der Bundesversammlung vorgelegt und auch sogleich und nicht erst in einem Jahre, wenn unterdessen bereits auch die V. Völkerbundsversammlung wieder ihre Unfähigkeit erwiesen hat, behandelt werden könnte.

Im Nationalrat wartet eine kleine Anfrage von Nationalrat Seiler (Viestal) vom Oktober über den Garantiepakt, bzw. darüber, ob der Garantiepakt einen Bestandteil des Völkerbundsvertrages bilden soll, der Beantwortung. Vielleicht begrüßt der Bundesrat die Bundesversammlung bei dieser Gelegenheit mit einer besonderen Botschaft (deren Herausgabe Herr Motta im Ständerat vom 5. Oktober als möglich bezeichnet hat) über den Garantiepakt. Der von der 3. Kommission der IV. Völkerbundsversammlung angenommene Text des Garantiepakts ist ja unterdessen Ende Oktober den Regierungen der Völkerbundsmitglieder zur Begutachtung zugestellt worden.

Der Beantwortung harret überdies immer noch eine andere kleine Anfrage Seiler über das französische Truppendurchzugsbegehren vom Februar 1921, d. h. über jene Affäre, die nicht nur um der Tatsache willen düster ist, daß ein solches Begehren an die militärisch neutrale Schweiz überhaupt gestellt werden konnte, sondern auch wegen der Aufnahme, die dieses Begehren zuerst seitens unseres Außenministers gefunden hatte.

In der Genfer Protestversammlung vom 14. November gegen Frankreichs Gewaltakt vom 10. November hat Nationalrat Micheli besonders hervorgehoben, daß die schweizerischen Unterhändler nie ein Wort ausgesprochen hätten, das Frankreich zu der von ihm beliebten Auslegung des Art. 435 berechtige. Auch Herr Ador habe ihm das soeben erneut versichert. Wir nehmen von dieser Versicherung gerne Kenntnis und sehen dann auch keinen Anlaß mehr, warum Herr Motta den Wortlaut der „genauen Instruktionen und des förmlichen Mandats“, die der Gesamtbundesrat Herrn Ador am 27. April 1919 mit auf den Weg nach Paris gab, nicht endlich der Öffentlichkeit oder zum mindesten einem Parlaments-Ausschuß zur Kenntnis gibt. Vielleicht interessiert sich die Bundesversammlung endlich ein wenig für diese Dinge.

Die Bundesversammlung wird auch, nachdem auf ihre Einberufung zu einer außerordentlichen Session innerhalb der nützlichen Frist verzichtet worden ist, sich nun noch nachträglich mit dem französischen Gewaltakt vom 10. November zu befassen haben. Da sie dabei vor vollendeten Tatsachen steht und in die noch schwebenden Verhandlungen über die Unterbreitung des Konflikts unter ein Schiedsgericht wohl nicht eingreifen will, bleibt ihr allerdings nicht viel anders übrig als der nachträgliche feierliche Protest gegen den französischen Rechtsbruch.

* * *

Über die weitere Entwicklung, die der Zonenkonflikt seit unserer letzten Berichterstattung genommen hat, sind nicht viel Worte zu verlieren. Am 7. November gelangte die erwartete französische Note dem Bundesrat zur Kenntnis. Sie lehnte es ab, das Dekret vom 10. Oktober betreffs Verlegung des Zollgürtels an die politische Grenze außer Kraft zu setzen. Dagegen enthielt sie die grundsätzliche Zustimmung der französischen Regierung, die Zonenfrage, falls auf dem Verhandlungswege keine Lösung zu erzielen sei, einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterbreiten. Der Bundesrat antwortete darauf in einer Note vom 12. November, in der er gegen den Vollzug des völkerrechtswidrigen Dekrets vom 10. Oktober Verwahrung einlegte und erklärte, daß jede daraus entspringende Maßnahme von ihm als rechtlich unwirksam betrachtet werde. Ferner betonte er darin, daß die Unmöglichkeit weiterer Ver-

handlungen bereits erwiesen sei und daß daher nur der Weg des Schiedsgerichts offen bleibe, zu dem er die Zustimmung der französischen Regierung erwarte. Bei der Erwartung dieser Zustimmung der französischen Regierung steht die Angelegenheit im Augenblick.

Wir haben früher einmal (in unserer Betrachtung zum Ergebnis des 18. Februar) die Zweckmäßigkeit eines Schiedsgerichtsverfahrens in dieser Angelegenheit bezweifelt. Nachdem nun dieser Weg besonders in Genf gewünscht und vom Bundesrat eingeschlagen worden ist, wollen wir nicht weiter Kritik daran üben. Es wird aber gut sein, wenn man sich schon heute Rechenschaft darüber ablegt, daß wir von keinem Schiedsspruch mehr viel zu erwarten haben. Der entscheidende Schritt ist am 10. November geschehen, als Frankreich durch die faktische Aufhebung der Zonen die vollendete Tatsache schuf. Kein noch so sehr zu unsern Gunsten ausfallender Schiedsspruch wird die französischen Zollwächter wieder von Genfs Grenzen zurüctreiben. Zudem hat es Frankreich in der Hand, nur einem Schiedsgericht zuzustimmen, von dem es weiß, daß es nicht zu einem Frankreich eindeutig und klar Unrecht gebenden Schiedsspruch gelangen wird. Es wird sich auch kaum ein Schiedsgericht finden, das geneigt wäre, diesem unter dem Gesichtspunkt der großen Weltereignisse immerhin kleinen Konfliktfall die Bedeutung einer großen Staatsaktion zu geben. Die Überlegung jedes Schiedsgerichts wird vielmehr ungefähr die sein: der Fall sei nicht wert, zu einem großen Streit aufgebaut zu werden; entscheide man gegen Frankreich, so werde sich doch niemand finden, Frankreich zu zwingen, sich daran zu kehren; also wird man eine mittlere Lösung suchen, die keinem ganz recht und keinem ganz unrecht gibt, die an der auf Kosten des Schwachen vollzogenen Tatsache nicht rüttelt und dem Schwachen zum Entgelt einige Trostgründe zuspricht. Es macht einem neuerdings beinahe den Eindruck, als ob man im Bundesrat und in der Bundesversammlung einen solchen Ausgang, der niemanden mehr in Unkosten stürzen und die Volksstimmung gegen den Völkerbund nicht weiter reizen würde, gar nicht ungern sähe.

So sehr wir einen solchen Ausgang bedauern müßten, so vermöchte er doch vielleicht vielen unserer Landsleute als heilsame Lehre zu dienen. Und das wäre kein geringer Gewinn. Wie weit ist doch immer noch die Meinung verbreitet, daß zwar gegenwärtig in der Welt viel nicht wieder gutgemachtes Unrecht und viel ungeführte Gewalt geschehe, aber meist eben an solchen, die es selbst verschuldet hätten, daß aber, wenn der Schweiz auch nur ein Haar gekrümmt werde, das Weltgewissen in heller Empörung aufflamme und die Welt wie ein Mann zum Schutze der bedrohten schweizerischen Unschuld und Unversehrtheit aufstehen werde. Sind es doch dieselben Leute, die glauben machen wollen, das empörte Weltgewissen habe Italien aus Korsu vertrieben und nicht die Drohung Englands, hinter der die Macht der englischen Flotte stand. Werden durch die Aufhebung der Zonen und die Eintreibung Genfs durch Frankreich keine unmittelbaren Interessen einer anderen Großmacht berührt, so flammt kein Weltgewissen auf ob der stillen Erwürgung der Calvinstadt, nicht einmal innerhalb der angeblichen Verkörperung dieses angeblichen Weltgewissens, im Völkerbund. Und kein empörtes Weltgewissen vertreibt die französischen Zollwächter wieder von Genfs Grenzen. In einer Zeit des Faustrechts, wie der heutigen, ist jeder auf sich selbst gestellt. Gewiß lehrt Englands und unsere Geschichte, daß England an einer unabhängigen Schweiz inmitten Europas interessiert ist. Aber England ist heute am eigenen Leib bedroht und kann sich unserer nicht annehmen. So stehen wir allein, auf uns selbst gestellt, auf unsern Willen, uns unabhängig zu erhalten und nicht unterzugehen. Von der Kraft, der Unbeugbarkeit und der Entschlossenheit dieses Willens wird unsere Zukunft abhängen.

* * *

Genf, das unmittelbare Opfer dieses Ausgangs des Zonenkonflikts, hat würdevoll gegen Frankreichs Gewalttat Verwahrung eingelegt. Das Ergebnis des 18. Februar hat Genfs Einigkeit gezeitigt, ein unüberschätzbarer Gewinn!

Die Ernüchterung über Frankreich ist groß. Das „Journal de Genève“ hat zum 10. November in einer kleinen Betrachtung ausgesprochen, daß Genf heute, fünf Jahre nach dem Sieg der Alliierten, nicht mehr flage, wie damals, und wenn es das täte, dann würde es die Flaggen auf Halbmast hissen. Diese Wandlung beginnt man auch da und dort in Frankreich mit Bedauern festzustellen. Im „Correspondant“ schrieb dieser Tage dessen Direktor: „Unsere Geste hat in der Schweiz die „union sacrée“ hergestellt. Nie war die Einigkeit größer. Eine recht peinliche Sache für die Westschweizer, deren Haltung während des ganzen Krieges für uns sympathisch und günstig war.“ An unsern Bundesbehörden ist es nun, Genf in der Zufuhr von Lebensmitteln alle und jede Erleichterung zu gewähren, damit das heute schon darniederliegende genferische Wirtschaftsleben durch eine im Gefolge der Aufhebung der Zonen auftretende, unerhörte Steigerung der Lebenskosten nicht noch weiter gefährdet werde.

Ein für Genf im besonderen, aber auch für unser gesamtschweizerisches politisches Leben bemerkenswertes Ergebnis haben die Wahlen in den Genfer Großen Rat ergeben. In Genf standen sich seit längerem die politischen Parteien in zwei fast gleich starken Gruppen gegenüber, von denen die eine, die Minderheitsgruppe, nur das Bestreben hatte, die andere zu für den Staatshaushalt ruinösen Maßnahmen zu veranlassen, um sie vor den Wählern unmöglich zu machen, während die Mehrheitsgruppe, um sich an der Herrschaft zu erhalten, dem Drängen der Minderheitsgruppe stets nachgeben mußte. Der Leidtragende dabei war der genferische Staat, der schließlich eines Tags vor einer ungedeckten Schuld von 200 Millionen Franken stand. Um aus diesem unhaltbaren Zustand herauszukommen, hat sich eine parteipolitisch stellunglose Partei aufgetan, die nur das Wohl des Staatswesens, insbesondere seine wirtschaftliche Gesundung im Auge hat und nicht das Wohl der Partei und ihre Herrschaft. Sie ist aus den Wahlen als zweitgrößte „Partei“ hervorgegangen, ein Beweis dafür, wie sehr der Ruf „Los von der Partei“ in einer Bürgerschaft, die so schwer unter den Folgen der Parteiwirtschaft zu leiden hat, Gehör findet. Bemerkenswert ist ferner die Wahl oder Wiederwahl all der Vorkämpfer der Zonen und Gegner des Zonenabkommens, während mancher Freund des außenpolitischen Kompromisses seinen Grobstratsessel nicht wieder sieht. Wann endlich wird auch in der übrigen Schweiz das Volk, das eine feste, unnachgiebige Haltung dem Ausland, auch dem Mächtigen gegenüber verlangt, seine Vertreter auch unter diesem Gesichtspunkt ihrer außenpolitischen Einstellung wählen.

* * *

Zu mancherlei Nachdenken gibt das Urteil des Lausanner Gerichts im Conradi-Prozeß Anlaß. War schon an den ganzen, sich über 14 Tage hinziehenden Verhandlungen nichts erfreulich, außer der ruhigen, sachlichen und würdigen Anklagerede des Staatsanwaltes, so muß erst recht das Ergebnis dieses mit so großem Aufwand aufgemachten Prozesses, der Freispruch des Mörders, als unerfreulich bezeichnet werden. Sehr richtig hatte der Staatsanwalt in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß von der Verteidigung versucht worden sei, die Angeklagten zu Helden zu stempeln, ihre Tat zu verherrlichen, und daß die Verteidigung dem Bolschewismus den Prozeß gemacht und so die ganze Frage auf einen falschen Boden gestellt habe, während es sich doch für das Gericht hier nicht darum handeln könne, ein Urteil über den Bolschewismus zu fällen, wozu einzig die Geschichte berufen sei. Das trifft in der Tat den springenden Punkt. Seit wann hat denn ein Gericht ein moralisches Werturteil über geschichtliche Vorgänge abzugeben? Die Richter konnten wohl die unsagbare Grausamkeit der russischen Revolution, von der auch Angehörige des Mörders betroffen worden sind, als mildernde Umstände für die Tat Conradis ansehen. Sie hatten aber über die Tat des Mörders, nicht über die Grausamkeiten der russischen Revolution zu urteilen. Die Tat Conradis, unter voller Berücksichtigung aller mildernden Umstände, rein als solche beurteilt, läßt keinen Freispruch zu.

Der Verteidigung ist es indessen gelungen, den Prozeß zu einer politischen Angelegenheit zu machen, in der nun die das Maß einer vernünftigen Abschreckung längst überschreitende, seit vier Jahren systematisch betriebene parteipolitische Verhetzung, insbesondere der welschen Schweiz, schließlich den Ausschlag gab, und mehr noch vielleicht die allgemeine Verhetzung auf weltpolitischem Hintergrund gegen das revolutionäre Rußland als den „Verräter an den Alliierten“. Was anders hatten denn der plombierte Eisenbahnzug, in dem Lenin vom deutschen Generalstab durch Deutschland befördert wurde, die angeblichen Anweisungen Ludendorffs an Lenin, wie er die Revolution machen sollte u. s. w. u. s. w. mit dem Prozeß Conradi zu tun, wenn Conradi dadurch nicht auch noch als heldischer Kämpfer gegen die roten russischen „Verräter“ an den Alliierten erscheinen sollte. Bedauerlich ist, daß die Verteidiger nicht davor zurückschreckten, an die aufgepeitschten Leidenschaften der Umgebung, in der der Prozeß stattfand, zu appellieren, bedauerlich, daß vier Geschworene mehr auf ihr aufgewühltes Gefühl und das Geschrei der Straße hörten, als auf das, was ihnen ein ungetrübtes Rechtsempfinden hätte sagen müssen. (Es wird gemunkelt, daß der Bundesrat sogar mit einem Freispruch aller neun Geschworenen rechnete und, um den ungünstigen Eindruck eines solchen einmütigen Freispruches zu verhindern, einen starken Druck ausgeübt habe, daß wenigstens der Freispruch nicht einmütig erfolgte.) Erfreulich dagegen ist, wie in der deutschen Schweiz, von ganz wenig Ausnahmen abgesehen, der Freispruch, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, als Fehlspruch empfunden und als solcher gekennzeichnet worden ist. In der welschen Schweiz hat in erster Linie wiederum Genf — die Stadt, in der die Abkühlung der durch den Krieg aufgepeitschten Leidenschaften und die Wiederkehr normalen, ungetrübten Denkens und Empfindens am weitesten fortgeschritten ist — das Urteil mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Jubel über die „Verurteilung des Bolschewismus“ herrschte vorwiegend in Lausanne.

Unmittelbare Folgen des Fehlspruches sind wohl nicht zu erwarten. Das peinliche Gefühl, das er im überwiegenden Teil der schweizerischen Bevölkerung hervorgerufen hat, möge aber dazu mithelfen, uns wieder die Grenzen ins Bewußtsein zu rufen, die allem Parteistreit und der Verhetzung der Geister gezogen sind, wenn anders nicht Staat, Staatsgefühl und Staatsautorität zerfallen und das Leben in einer Gemeinschaft unmöglich gemacht werden soll.

Zürich, den 25. November 1923.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Der englisch-französische Streit. — Wahlen. — Die Politik Mussolinis. — Die Haltung Belgiens. — Die Entwicklung in Deutschland.

Die politische Entwicklung eilt in der letzten Zeit geradezu in Sprüngen vorwärts und wartet alle Augenblicke mit neuen Überraschungen auf. Umso mehr muß man sich bemühen, die Grundlinien nicht aus den Augen zu verlieren.

Das Hauptproblem der großen Politik ist, wenigstens für Europa, nach wie vor der englisch-französische Gegensatz. Er wird auch noch lange der Drehpunkt der gesamten politischen Entwicklung bleiben. Im vergangenen Monat ist der bestehende Gegensatz wieder einmal ganz offenkundig geworden. Den Grund bildete die rasche Zuspitzung der Lage in Deutschland, dem besetzten wie dem unbesetzten. Frankreich oder Poincaré versuchte die von ihm nach Kräften geförderte Krisis auszunutzen oder doch wenigstens noch weiter zu verschärfen. Die wirklich etwas unzeitgemäße Rückkehr des Kronprinzen und die Behinderung der Militärkontrolle sollten dazu den Vorwand liefern. Diesmal war es auf die großen Hafenplätze der Nordsee abgesehen, Hamburg und Bremen. Auch die Besetzung des Restes des westdeutschen Industriegebietes, dann von Frankfurt a. M. und weiterer Strecken des Ver-

bindungsstückes zwischen Nord- und Süddeutschland wurde erwogen. Die Absicht dabei war klar. Die Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art im besetzten Gebiet sind noch längst nicht überwunden, die Besetzung macht sich wirtschaftlich und finanziell noch nicht bezahlt. Das drängt zur Ausdehnung der Besetzung, zur vollständigen Erfassung aller Wirtschaftswerte. Außerdem will man den Rest Deutschlands noch mehr unter Druck setzen und ihm die Luftlöcher nach dem Meere zu verschließen. Die Gewaltpolitik Frankreichs ist eben ihrer ganzen Natur nach unersättlich. Jeder Schritt nach vorwärts zieht schon einen weiteren zur Sicherung des ersten nach sich. Genau so ist es vor einem Jahrhundert Napoleon gegangen.

Der jüngste Schritt Poincarés ist nun freilich durch die Engländer mit energischer Unterstützung Mussolinis abgebogen und unschädlich gemacht worden. Vorläufig, ein neuer Anlauf wird nicht lange auf sich warten lassen. Das Ringen Englands und Frankreichs wird in und um Deutschland weiter gehen. Es geht auch auf der ganzen übrigen Welt bald offen, bald im Geheimen weiter. Und kein Mensch kann einen Ausweg sehen und niemand kann den Ausgang beurteilen.

* * *

Die Regierungen beider beteiligten Mächte stehen heute unter dem Drucke der bevorstehenden Wahlen. Es ist ganz klar, daß das französische Kabinett und die hinter ihm stehende Parlamentsmehrheit heute schon Wahlpolitik machen. Der „Nationale Block“, der Träger der französischen gewalttätigen und rein imperialistischen Politik, steht heute sicher einer stärkeren Gegnerschaft gegenüber als vor vier Jahren. Es gibt auch in Frankreich viele Unzufriedene. Man merkt die Lasten, die die 800,000 Mann starke Armee und das gesamte System französischer Vasallenstaaten dem Lande aufbürdet. Die erwarteten wirtschaftlichen Vorteile des Sieges sind nicht eingetreten. Das spüren natürlich viele Leute. Und derartige Stimmungen kommen jeweilen bei den Wahlen zum Ausdruck. Das ist ja für den französischen Bürger die einzige Gelegenheit, wo er auf seine Regierung Einfluß nehmen kann. Dazu gibt man sich in intellektuellen Kreisen Frankreichs doch auch Rechenschaft darüber, daß ihr Land immer mehr auf der ganzen Welt als Störenfried empfunden wird. Die Sympathien für Frankreich gehen in weiten Kreisen zur Neige. Aber es ist noch sehr unsicher, ob all das und dazu die innerpolitischen Beschwerden zu einer Änderung der Mehrheit im Parlament führen werden. Wenn wirklich Gefahr im Verzug sein sollte, so wird die Regierung es doch verstehen, im letzten Augenblick die nationalistischen Leidenschaften so aufzupeitschen, daß sie wieder obenauf kommt. Deutschland wird wahrscheinlich schon so gefällig sein, dazu den Vorwand zu liefern. Die Furcht vor einem wiedererstarkenden Deutschland wird dem „Nationalen Block“ die Wähler wieder zuführen.

Aber auch bei einem beträchtlichen Erstarken der Linksparteien wird sie wahrscheinlich ihre Zersplitterung und gegenseitige Feindschaft verhindern, entscheidenden Einfluß auf die französische Politik zu gewinnen. Man vergesse auch nicht, daß noch ganz und gar nicht bewiesen ist, daß die bisherige Außenpolitik nicht zum Ziele führt. Und schließlich ist unter den gegenwärtigen Umständen jede Umstellung der bisher so folgerichtigen Haltung Deutschland gegenüber sehr schwierig.

Und ähnlich steht es in England. Ganz plötzlich haben offenbar innerpolitische Gründe zu einer Auflösung des kaum gewählten Unterhauses geführt. Aber die näheren Umstände wird in diesen Blättern der englische Mitarbeiter noch berichten. Nun wird sich auch hier der Kampf zwischen Rechts und Links abspielen. Die Arbeiterpartei und die bisher einander so feindlichen, jetzt aber geeinigten Liberalen werden sicher alle Anstrengungen machen, um das Heft in die Hände zu bekommen. Sie werden jedenfalls auch Siege gewinnen. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob nachher eine einzige Partei wirklich eine tragfähige Regierungsmehrheit haben wird. Auch steht noch durchaus nicht fest, ob die Konservativen wirklich so starke Einbußen erleiden werden, daß sie die Herrschaft abgeben müssen.

Die Wahl kann aber ausgehen, wie sie will, so wird die neue Regierung nach Außen keine wesentlich andere Politik betreiben können als bis jetzt. Sie wird Frankreich wie bisher möglichst zurückzubinden suchen. Je nach ihrer Färbung wird das etwas lebhafter oder etwas weniger öffentlich geschehen als bisher. Diese Politik wird aber ihre Grenzen an der materiellen Leistungsfähigkeit des britischen Weltreiches finden. Für eine Auseinandersetzung um jeden Preis sind die britischen Machtmittel heute offenbar nicht genügend. Noch nicht genügend! So werden die britischen Wahlen keine grundlegende Änderung in die europäische Politik hineinbringen können. Und dasselbe ist auch für den Ausgang der französischen Kammerwahlen das wahrscheinlichste.

* * *

Das Eingreifen Mussolinis zur Unterstützung Englands und der Besuch der spanischen Regierung in Rom hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf den italienischen Diktator gelenkt. Seine äußere, wie seine innere Politik erfahren immer noch zahlreiche Anfeindungen, besonders in den demokratischen Blättern des Auslandes. Immer wieder tauchen auch bei uns Nachrichten auf, die von einer Zerlegung der faschistischen Partei und stets wachsenden Widerständen der alten, nun zur Bedeutungslosigkeit verurteilten politischen Gruppen zu erzählen wissen. Hierbei ist wohl meistens der Wunsch der Vater des Gedankens. Wohl haben sich unter den Faschisten Unstimmigkeiten an Haupt und Gliedern gezeigt, aber sie sind überwunden worden. Mussolini hat die Zentrale umgemodelt und greift auch bei den einzelnen provinziellen und örtlichen Gliederungen energisch durch. Der „Popolo d'Italia“ berichtet öfters von Rekonstitutionierungen von Ortsgruppen, so z. B. kürzlich in Neapel. Daneben aber geht der weitere Ausbau der Partei, vor allem ihrer wirtschaftlichen Organisationen, unentwegt weiter. Man gewinnt durchaus den Eindruck, daß hier sehr sorgfältig, solide und zielbewußt gearbeitet wird. Diese Umstellung von der schärfsten Opposition zur Trägerin des ganzen Staatslebens war ein ungeheuer schwieriges Stück Arbeit und scheint doch befriedigend gelungen zu sein.

Daneben wird die Neuordnung des Staates und der Ausbau seiner Machtmittel zielbewußt fortgesetzt. Jetzt soll nach der Armee die Luftflotte besonders ausgebaut werden. Diese ganze Arbeit Mussolinis und des Faschismus in dem ersten Jahre seiner Macht ist aller Anerkennung wert und wird für Italien ihre Früchte tragen. Der mit gewaltigem Glanze und Prunke gefeierte Jahrestag des Marsches auf Rom hat so sicher einen sehr realen Hintergrund.

Nach Außen hat Mussolini in dem vergangenen Jahre noch nichts Überwältigendes erreicht. Er hat sich keiner Mächtigkeitsgruppe verschrieben, sondern sich eine weitgehende Selbständigkeit gewahrt. Er treibt auch hier nur italienische Politik. Was bisher geschehen ist, ist in weitgehendem Maße Vorbereitungsarbeit. Gerade der Ausbau der Machtmittel, das Einrenken des Wirtschaftslebens, die innere Festigung seiner Stellung werden ihm die Möglichkeit verschaffen, Großmachtpolitik zu treiben. Vielleicht bedeutet da seine Erklärung, daß Italien der Aufteilung Deutschlands nicht zusehen könne, einen Anfang.

Übrigens macht sich das gesteigerte Selbstbewußtsein und die erhöhte nationale Stoßkraft bereits an manchen Orten bemerkbar. Tunis, Malta, Fiume, Albanien legen dafür Zeugnis ab. Vielleicht spinnt sich in dem Zusammenarbeiten mit Spanien unter seinem neuen Diktator etwas an, das die ganze Mittelmeerpolitik auf neue Grundlagen bringen könnte. Allerdings ist Spanien ein sehr schwacher Partner. Jedenfalls verfolgen die Nachbarn, Frankreich wie England, Südslawien wie Griechenland das Spiel mit einigem Unbehagen.

* * *

Sehr wenig hört man im allgemeinen von dem vierten Teilhaber am diplomatischen Spiel in Paris, von Belgien. Die leitenden Kreise dieses kleinen, durch die Ereignisse zu einer unverhältnismäßigen Bedeutung gekommenen Staates sind zweifellos sehr geneigt, die französische Politik mitzu-

machen. Und sie tun das ja auch in weitgehendem Maße. Es gibt aber auch hier gewisse Grenzen. England hat ebenfalls Einfluß in Belgien und macht ihn geltend. Das Industrieland muß auf wirtschaftliche Fragen sehr Rücksicht nehmen und schließlich sind auch die Belgier durchaus nicht alle gleich gesinnt, d. h. gleich deutschfeindlich.

Es soll hier von den Sozialisten ganz abgesehen werden. Unter den Bürgerlichen sind die Flamen begreiflicherweise für Frankreich nicht so begeistert wie die Wallonen. Der Sprachenkampf dauert an. Die Flamen haben einen erbitterten Kampf um das Recht ihrer Sprache durchzusetzen. So geht ein scharfer Riß durch das Land. Einen Begriff davon kann die Anklageschrift geben, die die vier Abgeordneten der flämischen Frontpartei dem Präsidenten Masaryk bei seinem jüngsten Besuch überreicht haben.

So kommt es denn, daß Belgien nicht mehr immer an der Seite Frankreichs zu finden ist. Die Reparationen bilden für Belgien nicht nur einen Vorwand für die Ausdehnung der Macht, sondern sie sollen wirklich dem Lande seine finanzielle Lage verbessern. Darüber sind kürzlich in der belgischen Kammer bezeichnende Äußerungen bei der Besprechung der Erklärungen des Außenministers Jaspar gefallen. Und auch in der Frage der Rheinischen Republik erklärt sich nur so die plötzliche Änderung der Haltung der Belgier. Sie haben doch gefunden, daß dabei für sie weniger als nichts herauschaut, und haben sich danach eingerichtet. Auch das wurde in der Kammer von verschiedenen Rednern offen ausgesprochen.

* * *

Beinahe ebenso zwangsläufig, wie sich die europäische Politik weiterzieht, entwickeln sich auch die Verhältnisse in Deutschland. Die wirtschaftliche Lage wird immer trüber. Die Not der breiten Massen wächst beständig. Der äußere Druck lastet immer schwerer auf dem Lande. So wirken denn die schon öfters erwähnten Kräfte auch immer in stärkerem Maße. Die Kommunisten einerseits suchen sich überall zu regen und die verzweifelte Stimmung auszunutzen. Auf der andern Seite wächst die nationale Opposition. Das Anschwellen der rechtsstehenden, streng nationalen Parteien hält an. Das zeigte sich soeben bei den Wahlen in Bremen, wo die Rechtsparteien ziemlich stark zunahmen. Dasselbe ergab sich auch in Danzig, das ja trotz seiner Abtrennung dieselben Parteiverhältnisse wie das übrige Deutschland aufweist.

Einen weithin sichtbaren Ausbruch fand die Entwicklung in dem Münchener Umsturzversuch Hitlers. Die Sache ist mißglückt, zeigte aber doch, wie stark der Anhang der Nationalsozialisten besonders in München war. Welches die Ursachen des Mißlingens waren, läßt sich noch nicht genau sagen. Hauptsächlich wohl die mangelnde Vorbereitung. Jedenfalls ist der Versuch nicht an dem Widerstand der Linken, sondern an dem einer andern rechtsstehenden Gruppe gescheitert. Die Nationalsozialisten sind natürlich dadurch eine Weile gelähmt. Im übrigen aber wird die Bewegung weiter gehen, da ihre Ursachen weiterwirken.

Demgegenüber hat die Rückkehr des Kronprinzen doch eine recht geringe Bedeutung. Friedrich Wilhelm ist nicht der Mann, um eine Führerrolle in der jetzigen Entwicklung einnehmen zu können.

Auch im Reichszentrum ist die Entwicklung wieder ein Stück fortgeschritten. Das Kabinett Stresemann ist nach kaum drei Monaten erledigt gewesen und verschwunden. Was nun kommen wird, ist noch ganz unsicher. Die eigentliche Macht im Staate hat unbedingt jetzt der Führer der Reichswehr, Seeckt. Er ist gerade dabei, in Sachsen völlig aufzuräumen. Die Polizei wird gesäubert. Und auch Thüringen ist inzwischen an die Reihe gekommen. Nun ist als neuester Schlag die Auflösung der Parteien zu äußerst links und rechts erfolgt. Ob das ein Ergebnis bringen wird, ist allerdings sehr zweifelhaft. Der neue Reichskanzler wird nur im Einvernehmen mit dieser einzigen wahren Macht im Reiche arbeiten können.

A r a u, den 24. November 1923.

S e k t o r A m m a n n.

Diktatur.

Ein Brief aus Deutschland.

An der Wende vom Sommer zum Herbst dieses Jahres schien es für Deutschland nur zwei Möglichkeiten zu geben: Bürgerkrieg oder Diktatur? Die revolutionäre Bewegung drängte auf den ersten hin. Die nationalistische Bewegung forderte die zweite. Aber auch der Kommunismus sah für den Fall der Machtergreifung die „Diktatur des Proletariates“ vor. Nach fünf Jahren einer harten und schweren Erfahrung mit dem parlamentarischen und parteipolitischen System ging durch das ganze Volk das Gefühl, daß nur die Übertragung der Macht in die Hand eines Einzelnen die Nation retten könne — wobei die Leute der äußersten Linken mehr an die Macht einer einzelnen Gruppe dachten, nämlich ihrer eigenen und vielleicht von Russen verstärkten Führergruppe, während die Leute der äußersten Rechten, wie dies ihrem historischen und übrigens auch praktischen Denken entsprach, die Hoffnung durchaus auf einen einzelnen Mann setzten, dem alle Macht anvertraut und im übrigen ein Kreis von Sachmännern und Sachkennern beigegeben werden sollte. Nur die Parteien der Mitte, der Regierung, der großen Koalition hielten begreiflicherweise, wenn auch ohne Hoffnung, an dem Parlamente als dem Boden ihrer Macht fest, einem Boden, der bereits schwankte. Aber das Volk, es sei wiederholt, hatte sich völlig mit dem Gedanken der Diktatur vertraut gemacht. Die Enttäuschung dieser fünf Jahre war zu bitter gewesen, als daß im Angesichte der wirtschaftlichen Not, der innenpolitischen Ratlosigkeit und der außenpolitischen Vergewaltigung nicht die Stimmung und Stimme aufkommen mußte: so geht es nicht weiter! Durch die Menschen ging ein Grauen vor dem Ausbruche des Bürgerkrieges, auf den die Zustände hintrieben. Nur die Diktatur, sagte man sich, kann diese Gefahr bannen. Und nur diese Erkenntnis hat im Grunde vom Volke aus, von der Zustimmung des Volkes her, die Wendung überhaupt möglich gemacht, die jetzt „alle Macht“ nicht, wie der Kommunismus verlangte, „den Räten“, sondern dem General v. Seeckt übertrug.

Es ist so glaubhaft wie verständlich, daß manche der Begleiterscheinungen, unter denen sich in den letzten Monaten diese Wendung vorbereitete und schließlich vollzog, im Auslande und nach der Pressedarstellung den Eindruck des Bürgerkrieges machen. In Hamburg ist es zu einem schweren Aufstande gekommen, der einen verzweifelden Versuch des Kommunismus bedeutete, in letzter Stunde der Diktatur durch den Bürgerkrieg zuvorzukommen, zu einem Aufstande, bei dem sich, was sehr bemerkenswert war, zum ersten Male die „proletarische Einheitsfront“ schloß und Kommunisten zusammen mit Sozialisten gegen die Schutztruppe gekämpft haben. Als sodann die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einrückte, um die sozialistisch-kommunistische Herrschaft in diesen Ländern zu brechen, hat es Tote gegeben. Überall kommt es jetzt zu lokalen Putschs, die auch dann, wenn sie sich als Plünderungszüge von Arbeitslosen darstellen, niemals ganz ohne eine politische Note sind. Aber bei allen diesen Vorfällen darf weder der Anschein noch die Häufigkeit trügen. Sie sind als Erscheinungen nur Selbstverständlichkeiten in einem so durchwühlten und mißhandelten Lande, das nach wie vor schwer unter Übervölkerung leidet, das keine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit mehr besitzt, von der politischen Freiheit gar nicht zu sprechen, und dessen Volk einen Vertrag von Versailles abarbeiten soll, aber gar nicht abarbeiten kann, den der Parlamentarismus in seinem Namen geschlossen hat und den es innerlich nicht anerkennt.

Jetzt erkennt dieses Volk auch den Parlamentarismus nicht mehr an: und hier liegt der eigentliche und vielleicht weltgeschichtliche Sinn jener Wendung in Deutschland, die zur Diktatur in Deutschland führte. Was wir heute in der Mitte von Europa erleben, das ist der große Bankbruch eines Systems, dessen Stunde schlug. Der Parlamentarismus hat die Engländer, in deren Lande er Original war, zu einem politischen Volke gemacht, hat ihnen zu ihren Erfolgen verholfen, hat sie ihr Weltreich entwickeln, hat sie ihre Weltzivilisation durchbilden lassen. Derselbe Parlamentarismus hat in Frankreich

eine Flügelherrschaft hervorgebracht, die heute über Europa triumphiert, ein Triumph, von dem nur niemand weiß, und am wenigsten die Franzosen, die sich immer „unsicher“ fühlen, wie lange er dauern wird. Aber Deutschland hat der Parlamentarismus nur Unglück gebracht. Er wurde hier als Kopie übernommen. Als Deutschland zusammenbrach, da glaubten seine Volksbeauftragten, den Siegern im Westen schuldig zu sein, auch ihre Verfassung bis in die Formen hinein zu übernehmen. Der Parlamentarismus, glaubten sie, war die Bürgschaft für Friede, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieser Glaube war ein Wahn. Die Westlichkeit, zeigte sich, deckte jeden Schwindel. Der Weltparlamentarismus endete mit einem Weltbetrug. Ist es wunderbar, daß nunmehr gerade von Deutschland aus neue Formen der Volksvertretung wie Staatsführung gesucht werden? Formen, die der Nation, ihrer Wurzelung, ihrem Wachstum durch die Jahrhunderte eigentümlich sind? Formen zugleich, die bei der Abwendung von dem Parlamentarismus und der formalen Demokratie, die durch alle tüchtigen und ehrlichen Völker geht, eine Gültigkeit für den Staat im zwanzigsten Jahrhundert überhaupt haben werden, der aus diesem Weltbruche hervorgeht und in keiner Weise mehr ein formaler, sondern nur ein inhaltlicher Staat sein kann, aber genau so, wie der parlamentarische den absoluten ablöste, nun seinerseits wieder den parlamentarischen ablösen wird?

Die Diktatur ist dieser Staat nicht. Aber sie läßt als Staat handeln. Sie ist eine Maßnahme der Not in einem Lande, in dem der Parlamentarismus am Ende nicht mehr handelte, sondern die Dinge gehen ließ. Der vielangeführte Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung, der die Diktatur auch formal rechtfertigt, besagt: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.“ Der Reichspräsident hat in der Folge den ihm verfassungsmäßig zustehenden „Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs“ dem General v. Seeckt übertragen. Der General v. Seeckt aber hat aus der Übertragung alle Schlußfolgerungen gezogen und Verfügungen nicht nur im militärischen Bereiche getroffen, sondern auch verwaltungsmäßige Gebiete einbezogen. Er hat mit besonderem Nachdruck von seiner Verpflichtung gesprochen, die Ernährung sicher zu stellen. Er hat ein Streikverbot erlassen. Er ist gegen die Vergnügungsstätten gegangen und gegen den Wucher. Die Diktatur wirkt hier bereits als Staat. Sie kann an sich immer nur ein Übergang sein: für eine vielleicht sehr lange Zeit — dies bleibe unausgemacht. Aber sicher führt der Weg von ihr nicht mehr nach rückwärts, sondern nach vorwärts, nicht zum Parlamentarismus zurück, sondern vom Parlamentarismus fort. Dies fühlt auch, dies weiß auch der Parlamentarismus sehr genau. Aber er hat nicht die Kraft, wieder gut zu machen, was er so schlecht gemacht hat. Sehr bezeichnend war, was sein Wortführer in der letzten Reichstagsitzung nur vorzubringen wußte, derselben Reichstagsitzung, in der Stresemann, der dreizehnte Kanzler, der letzte Vertreter des parlamentarischen Systems, endlich stürzte. Da bestritt der Sprecher der Sozialdemokratie „zunächst vom juristischen Standpunkt aus die Berechtigung der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes“ und berief sich auf Ausführungen „des Schöpfers der Weimarer Verfassung, des früheren Reichsministers Preuß“. Er erinnerte daran, daß Preuß erklärt habe, „der Artikel 48 seiner Weimarer Verfassung kenne überhaupt keinen Ausnahmezustand, und vollends keinen militärischen; er wisse auch nichts von einer Verhängung des Belagerungszustandes, sondern nur von bestimmten Ausnahmeverfügungen; noch weniger aber wisse er von der Übertragung der vollziehenden Gewalt auf einen militärischen Befehlshaber; diese Übertragung sei in einer demokratischen Republik ein Unding.“ Man kann eine Position nicht schwächer verteidigen; nicht formaler, wie es freilich diesen Formaldemokraten entspricht; und auch nicht un-demokratischer, wofür Demokratie der Ausdruck der Lebensbedingungen eines Volkes ist. Das deutsche

Volk ist heute gezwungen, ein unmögliches Leben zu führen. Die einzige und äußerste Möglichkeit, es vor dem Untergange in Selbstvernichtung zu bewahren, liegt dort, wo überhaupt noch ein Wille ist, der über eine Macht verfügt. Und wenn es eine Gewißheit in dem schwankenden Lande gibt, dann ist es die, welche jetzt in der Hand des Generals v. Seeckt liegt.

Auch die bayerischen Ereignisse dürfen daran nicht irre machen. Auch sie haben ihren letzten Grund in der Weimarer Verfassung, in jenem verhängnisvollen Artikel, nach dem „Reichsrecht Landesrecht bricht“. Bayern ist früher zu einer Besinnung über den Parlamentarismus gekommen als das Reich, der demokratische Süden früher als der autoritäre Norden, der Stamm früher als die Nation. Aber überaus merkwürdig ist, daß die Bayern daraus nicht den partikularistischen Schluß zogen, sondern einen neuen föderalistischen Schluß, der zwar nicht den formal-zentralistischen und uniform-unitarischen Staat will, wohl aber mit Leidenschaft das Reich. Diese Leidenschaft, die nicht zuletzt von Hitler geweckt wurde, hat den bayerischen, den nicht mehr blauweißen, sondern schwarzweißroten Nationalismus und Nationalsozialismus emporgetragen und zu der verhängnisvollen Münchener Aktion getrieben, bei der Nationaldeutsche durch Nationaldeutsche, Patrioten durch Patrioten fielen. Es ist wahr, daß dadurch ein neuer Gegensatz aufgerissen wurde. Aber auch eine neue Aufgabe ist gestellt worden: zusammenzubringen, was zusammen sein will. Und wahrlich: auch diese Aufgabe wird nur von dem einzelnen Manne gelöst werden können, der sich Vertrauen gewinnt, und nicht von dem Systeme, dem man nur Mißtrauen entgegenbringt.

In der Tat hängt die Entwicklung der Dinge in Deutschland nunmehr von dem General v. Seeckt ab. Sein Wehrminister hat in jener letzten Reichstagsitzung die anlärmenden Kommunisten gefragt, warum „das Wort Diktatur“ sie so erschrecke, ein Wort, das in ihrem eigenen Programme stehe. Und er hat in seiner Rede als den „Sinn der Bestellung des Generals v. Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt“ genannt, er sei gewesen, „daß man gegen jeden Versuch einer Änderung des Bestehenden, er komme von welcher Seite er wolle, Front zu machen entschlossen war“. Aber nicht auf die Front kommt es an, sondern auf den Erfolg, auf die Leistung, auf die Auswirkung. Nicht auf das Kommandieren kommt es an, sondern auf das Regieren. Diktatur bedeutet nicht Reaktion. Die Diktatur des Generals v. Seeckt bedeutet Reaktion schon deshalb nicht, weil er kein Reaktionär ist, sondern ein neuer Typ, der Typ des intelligenten Offiziers von ungewöhnlicher Beweglichkeit, und ohne die Hemmungen und Befangenheiten des alten Militarismus auf allen nichtmilitärischen Gebieten. Er hat schon bewiesen, daß sich mit dieser geistigen Beweglichkeit ein Blick für Fehler und Schäden und gar manchen Skandal auf gar manchem Gebiete des öffentlichen Lebens verbindet. Für seine Aufgabe wird sehr viel davon abhängen, ob er hier durchdringt, ob er sich durch die ganze Art, wie er die Dinge ansieht, den unmittelbaren Erfolg sichert, und ob er die genügende psychologische Einfühlung besitzt, um sich vor Rückschlägen zu bewahren, die der Diktator am wenigsten verträgt. In der Summe: er wird zu beweisen haben, ob sein Blick nicht nur der allgemein administrative Blick eines Mannes ist, der Polizeigewalt auszuüben vermag, sondern ein politischer Blick, der die Probleme beherrscht.

Seine Diktatur hat bis zur Stunde den Ausbruch des Bürgerkrieges verhütet, der nach der Zurückziehung des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr herandrohte, damals, als Poincaré seine Zusage nicht hielt, als die Nation eine neue Enttäuschung durch die Vertrauensseligkeit der ewig gutgläubigen Erfüllungspolitiker erfuhr, als auf der Rechten der Nationalismus mit Ungestüm darauf drängte, daß Schluß mit dem System gemacht werde, und als auf der Linken die Revolutionäre die Hoffnungslosigkeit, die Verzweiflung, die Not des Volkes zu Vorstößen zu nutzen suchten, die den Klassenkampf als Selbstbefreiung der Nation einleiten sollten. Der Kommunismus ist seit Hamburg, seit Sachsen und Thüringen im ganzen Lande zurückgeworfen, gelähmt, geschwächt. Der Nationalismus ist durch die bayerischen Ereignisse

durcheinandergeworfen, aufgewühlt aber auch geschlagen, entfesselt aber auch verwirrt. Als Parteien sind beide Bewegungen nunmehr verboten. Aber hinter ihnen ringen geistige Kräfte um Auseinandersetzung mit dem Wirklichen, die sich auf die Dauer nicht niederhalten lassen werden, vielmehr für Deutschland fruchtbar gemacht sein wollen. Im Grunde wollen heute alle Deutschen dasselbe: die Einen aus dem natürlichen Triebe der Selbsterhaltung, die Anderen aus dem klaren Bewußtsein ihrer Vaterlandsliebe. Sie Alle wollen die Rettung der Nation. Es gehört Wille und eine große geistige Überlegenheit dazu, hier die Menschen jenseits von allem Parteipolitischen in eine einzige Richtung zu bringen und an ein einziges Ziel zu setzen. Es ist nur möglich, wenn dieser Wille die Probleme beherrscht und die Politik sie zusammenbringt. Aber es gibt keine größere Aufgabe.

Berlin.

Moeller van den Bruck.

Vom Freiheitskampf der Irokesen.

Seit der letzten Versammlung des Völkerbundes bereist der Indianerhäuptling Deskaheh die Schweiz, und sucht durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen und durch öffentliche Vorträge für die Sache seines Volkes: der Irokesen, Stimmung zu machen.

Da der Konflikt der Irokesen mit der canadischen Regierung typisch ist, nicht nur für die Konflikte der Indianer mit den Weißen, sondern der Naturvölker mit den Europäern überhaupt, so darf das Irokesenproblem wohl Anspruch auf die Beachtung aller derer erheben, die der Meinung sind, daß das Einhalten von Verträgen, daß Treu und Glauben auch gegenüber Farbigen am Platze seien.

Die Irokesen lagen sich schon seit langem mit den benachbarten Algonkinstämmen in den Haaren, diese riefen die, mit den Irokesen eigentlich stammesverwandten, Huronen zu Hilfe gegen die Caniengas, eine Stammesgruppe der Irokesen, die dadurch hart bedrängt wurde.

Sie mußten sich in das Gebiet der Onondagas zurückziehen, gerieten aber mit diesen ebenfalls bald in Streit, vermutlich weil die Onondagas ihr Gebiet mit den Caniengas nicht teilen wollten, und nun hatten die Irokesen nicht nur die gemeinsamen Feinde, die Huronen und die Algonkin, zu bekämpfen, sondern sie riefen sich noch gegenseitig auf. — Ihre Existenz war in Frage gestellt, da soll 1570 Hiawatha erstanden sein. Seine Figur ist sicherlich historisch, allein Mythos und Legende hatten bald einen solchen dichten Schleier um sie gewoben, daß er in der Vorstellung der Indianer zu einem Halbgotte geworden ist.

Auf die Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht der Platz; durch geschickte Politik gelang es Hiawatha, zunächst die beiden Irokesenstämme der Oneidas und der Mohawks zu einigen, dann die Cahugas anzugliedern, und zuletzt auch die Onondagas und die Senecas zu der Liga der fünf Nationen zusammenzuschließen, der sich 1722 noch die aus ihren südlicheren Wohnsitzen vertriebenen stammesverwandten Tuscarora zum Bunde der sechs irokesischen Nationen anschlossen.

Nun entfaltete die Liga eine fast beispiellose kriegerische Tätigkeit, die sie zum Schrecken des ganzen nordöstlichen Nordamerika machte.

Schon 1650 waren die Huronen weit nach Westen gedrängt und sozusagen vernichtet. Allerdings wurde der Krieg mit derjenigen Wildheit und Grausamkeit geführt, die der Indianer im Kampfe zu entwickeln pflegt: das Skalpieren ist anscheinend erst damals zu seiner bekannten Form ausgebildet worden, die Marterung der Gefangenen wurde zum System ausgebildet, und Weib und Kind wurden nicht geschont, wenn nicht die Notwendigkeit zur Adoption in den Clanverband zwang. — Allein die Ritterlichkeit des Indianers läßt uns seine Kriegsführung doch nicht allzu sehr verabscheuen, denn mit der gleichen Selbstverständlichkeit, wie er den Gefangenen marterte, stellte er sich selbst an den Marterpfahl.

Unter sich hielten nun aber die sechs Stämme einen Frieden, der bis heute durch nichts gestört worden ist.

Nun kam die Zeit der Kolonialkriege.

Die Huronen stellten sich auf die Seite der Franzosen, die Irokesen auf die der Engländer, und die europäischen Mächte führten den Krieg nun vor allem mit ihren eingeborenen Hilfstruppen, die teilweise von weißen Offizieren befehligt wurden. Es war billiger, und erfüllte noch den Zweck, die immerhin unbequemen Indianer sich gegenseitig ausrotten zu lassen.

Im Befreiungskriege stellten sich die Irokesen auf Seite der Engländer, aus dem sicherlich richtigen Instinkte heraus, daß ihre nächsten weißen Nachbarn auch ihre schlimmsten Feinde sein müßten — und sie scheinen sich nicht geirrt zu haben. Da nach dem Friedensschluß ihr Gebiet in das der Union fiel, wurde ihnen 1784 von der englischen Regierung ein neues Wohngebiet angeboten, zwischen dem Lake Ontario und dem Lake Erie: „ihnen und ihren Nachkommen für ewige Zeiten, als Alliierten ihrer Majestät“.

Das diesbezügliche Dokument ist von den Irokesen sorgsam aufbewahrt, es ist auch nie von der britischen Krone angefochten worden. Desfaheh zeigt in seinen Vorträgen zwei prächtige Wampumgürtel (= Symbole eines Vertrages aus aufgereihten Muschelröhrchen): der eine stellt einen Weißen und einen Indianer dar, durch eine Linie verbunden, eine Darstellung der dauernden Freundschaft, der andere zeigt zwei parallele Streifen: so wie die Streifen sich nie berühren, so sollen auch die beiden Regierungen immer unabhängig voneinander sein.

Wie sind nun diese feierlichen Versprechungen gehalten worden?

Ein Teil der Irokesen zog es vor, im alten Wohngebiet in der Union zu bleiben und hat alle Selbständigkeit verloren.

Die canadischen Irokesen aber verteilten ihr Land in kleinere Heimwesen, und haben seither als Ackerbauer gelebt, die an Friedfertigkeit und Erfolg in keiner Weise hinter ihren weißen Nachbarn zurückstanden.

Zunächst schien ihnen ihr neues Gebiet zu groß zu sein, deshalb verkauften sie 1798 einen Teil an die englische Krone für eine Million Dollar. Das Geld sollte von der Krone für sie verwaltet werden, die Zinsen sollten ausschließlich ihnen zufließen, und dies ist der Fall gewesen, bis vor kurzem. Aus den Zinsen wurden Schulen gebaut, in denen indianische Lehrer in englischer Sprache unterrichten, es wurden Kirchen gebaut, und es herrscht völlige religiöse Freiheit, Missionare sind durchaus geduldet.

Alein schon frühe suchte die Regierung das Vermögen der Irokesen für ihre Zwecke zu verwenden: 1835 wurden 150,000 Dollars in ein Kanalunternehmen gesteckt, das für die Indianer von gar keinem Interesse war; das Geld ging dann verloren und ist nie ersetzt worden.

1869 übergab die Krone das Vermögen der Irokesen der canadischen Regierung zur Verwaltung, ohne daß die Irokesen um ihre Einwilligung befragt worden wären, immerhin wurden ihnen die Zinsen weiter ausgerichtet, so daß sie keine Steuern zu entrichten hatten, und sich im Frieden entwickeln konnten zu einem, allerdings unter weißem Protektorate stehenden, sonst aber durchaus unabhängigen Staatswesen, mit eigener Polizei, das sich einem europäischen Staate wohl ebenbürtig zur Seite stellen konnte.

Alein nun regte sich einerseits der Neid der Weißen auf die offenbar reichen und gut gepflegten Ländereien der Indianer, andererseits schien die Nachbarschaft eines kleinen Staates eine Demütigung für den Großstaat zu bilden, zumal der kleine Nachbar ja nur ein Indianer war, mochte er nun so kultiviert sein, wie er wollte.

Der Union war es schon lange gelungen, die in viele kleine Gruppen zersplitterten und in kleine Reservationen verteilten Indianerreste, gegen die man einen regelrechten Ausrottungskrieg geführt hatte (Skalpprämiën an Weiße: 50 Dollar für einen Mann, 30 Dollar für eine Frau, 10 Dollar für ein Kind), als Völkerschaft bis auf wenige Reste aufzulösen, das sollte nun auch

in Canada geschehen, und da an der Gültigkeit der Verträge, die man allzu oft anerkannt hatte, nicht zu rütteln war, so versuchte man es mit all den Schikanen, deren die europäische Verwaltung fähig ist.

Man erließ zunächst in Canada ein Gesetz, nach dem alle Indianerstämme, deren Kopfszahl 8000 nicht überschritt, als selbständige Gemeinwesen aufgehoben wurden: so konnte man schon eine erfreuliche Anzahl von Reservationen aufheben, allein die canadischen Irokesen zählen heute noch 11,250 Seelen, die in der Union noch 8496, die Kopfszahl der Irokesen mußte also verringert werden, um das ganz willkürliche Gesetz auf sie anwenden zu können.

So hat man die „lieben Alliierten“, am Kriege gegen Deutschland teilzunehmen: Wenn die Deutschen Sieger sind, dann sind Eure Verträge und damit Eure Freiheiten ein „scrap of paper“. 300 Mann sind in den Krieg gezogen, 40 blieben auf den französischen Schlachtfeldern als Opfer für ihre Freiheit. Nun galt es weiterhin, den Stammesverband zu schwächen.

Zunächst mischt sich die Regierung in die inneren Angelegenheiten der Indianer ein: Man hindert sie an der Ausübung ihrer religiösen Ceremonien, trotzdem diese in keiner Weise gegen die europäischen Begriffe von Sittlichkeit verstoßen. Man verbietet ihnen, ihr altes La Crosse-Spiel (ein Ballspiel) am Sonntage zu spielen, trotzdem dem Canadier das Golfspiel am Sonntage nicht verboten ist, man bestimmt, daß eine Frau ihren Mann nur beerben könne, wenn sie ihre sittliche Unbescholtenheit beweisen könne, ein Gesetz, das für die Weißen wohlweislich nicht gilt. Von der canadischen Regierung werden Hypotheken auf indianischen Boden aufgekauft, um daraus politische Rechte auf ihr Gebiet ableiten zu können; zum gleichen Zwecke werden einzelnen Indianern ihre Ländereien abgekauft, durch Bestechung werden Einzelne bewogen, ihre Prozesse vor canadische Gerichte zu bringen, also Gerichte eines fremden Staates, und wenn sich die indianische Gegenpartei dem Urteile nicht fügt, wird sie mit Gewalt dazu gezwungen. Man besticht mit dem Gelde der Irokesen einzelne Individuen, auf ihre alten Rechte zu verzichten, kurzum, es würde zu weit führen, alle die Mittel aufzuzählen, mit denen man versucht, den Stammesverband der Irokesen aufzulösen.

1921 wandten sich die Irokesen an die britische Regierung, sie möchte bei der canadischen Regierung vorstellig werden, daß sie die von der britischen Krone übernommenen Verpflichtungen zu halten habe; allein die britische Regierung wandte ein, sie hätte sich mit der ganzen Angelegenheit nicht mehr zu befassen, und Deskaheh meint, daß nun erst die canadische Regierung sich vollkommen frei gefühlt habe, denn seither seien die Übergriffe besonders rücksichtslos geworden: man scheute sich nicht mehr, die bewaffnete Polizei in das Irokesengebiet zu schicken, um Verhaftungen vorzunehmen; also Verhaftungen im Gebiete eines fremden Staates, denn wer nun die canadischen Gerichtsurteile nicht mehr anerkennen wollte, wurde verhaftet; man verhaftete, wenn ein Indianer Holz schlug im Irokesenlande, und seit bald drei Jahren wird den Irokesen auch der Zins ihres Vermögens nicht mehr ausbezahlt. Die Irokesen verlangten, daß man ihre Angelegenheit einem Schiedsgerichte unterbreite, allein von canadischer Seite wurde dieses so zusammengesetzt, daß die Irokesen dasselbe nicht als neutral anerkennen konnten. Deskaheh suchte eine Audienz beim canadischen Prime-Minister nach: er wurde nicht empfangen, er war ja nur ein Indianer. Schließlich sollte er unter irgend einem faden-scheinigen Vorwande verhaftet werden, er konnte aber nach der Union entfliehen, und von dort aus hat er seine Reise nach dem Völkerbund angetreten, der bekanntlich ein Hüter des Rechtes sein will. Von Sir Eric Drummond und von Lord Robert Cecil erhielt er erst auf dringende Vorstellungen hin einige nichtsagende Worte. Allein Deskaheh ist entschlossen, sein Recht zu erlangen.

Wir Schweizer dürften wohl mit der größten Teilnahme das weitere Schicksal der Irokesen verfolgen; es könnte von einiger Bedeutung auch für unsere Zukunft sein, obschon wir Weiße sind. Man hat Deskaheh einmal gesagt, wieso er Selbständigkeit verlangen könne für ein Volk von nur 11,250

Seelen; vielleicht spricht man auch einmal einem Volke von nur 3 Millionen Seelen das Recht auf Selbständigkeit ab.

Wenn Desfahel fast in allen Ländern Sympathie findet für das Schicksal seines Volkes, so wird er niemals bei einer Regierung einer Kolonialmacht Unterstützung finden, denn in der oder jener Form spiegelt sich in der Geschichte der Frotjesen das Prinzip aller Kolonialpolitik überhaupt: Ausnützung — Protektorat — Annexion. Darüber können den Wissenden auch die fiktiven Landkäufe nicht hinwegtäuschen. Die Kolonialmacht, die sich auf Seite der Frotjesen stellen würde, würde die Grundlagen ihres Kolonialbesitzes untergraben. Die vielen Rechtsbrüche, die im Namen der Zivilisation gegenüber Farbigen begangen werden, sind bis heute meistens nicht bekannt geworden: wer wollte auch die Klagen eines Negeres oder eines Südssee-Insulaners ernst nehmen. In Desfahel steht aber der erwählte Vertreter eines hochintelligenten Volkes, mit ruhmreicher Geschichte, vor der Kulturwelt als Ankläger, und der Kampf, den er führt, wird von Wichtigkeit sein für das Schicksal all derjenigen farbigen Völker, die überhaupt noch als Völker sich erhalten haben.

So werden von den Mitgliedern des Völkerbundes nur diejenigen sich der Frotjesen annehmen, die keinen Kolonialbesitz haben, und es würde der schweizerischen Abordnung in Genf wohl zur Ehre gereicht haben, wenn sie die Sache der Frotjesen unterstützt hätte; nun scheint es aber, als ob die Vertreter nordischer Völker die Sache Desfahels aufzunehmen geneigt wären, vielleicht weil dort im Norden die Politik immer noch als ein mannhaftes Eintreten für Recht und Überzeugung angesehen wird. Immer noch kann aber die schweizerische Delegation sich für diese „Eidgenossenschaft der roten Rasse“ einsetzen.

Wer die Geschichte der nordamerikanischen Indianer gelesen, wird sich der Empörung erinnern, mit der er Kenntnis genommen hat von der Vernichtung der Tscherokei, auch einem Frotjesenstamm, der zum Christentum bekehrt, völlig zur Annahme der europäischen Zivilisation übergegangen war und sich ein Regierungssystem nach dem Vorbilde der Union geschaffen hatte. Als man in ihren blühenden und ganz friedlichen Distrikten Gold gefunden hatte, wurden sie erbarmungslos im Jahre 1838 zum Auswandern nach einem Territorium im Westen gezwungen und sind dabei zu Grunde gegangen.

Das gleiche Schicksal wurde den hochkultivierten Seminolen bereitet, die nach einem heldenhaften Freiheitskampfe im Jahre 1835—1842 vernichtet worden sind. Man sagte sich, so etwas sei ausgeschlossen, nachdem man gelernt habe einzusehen, daß die Farbigen eigentlich auch Menschen seien, und nun muß man zu seiner Beschämung erfahren, daß man zu einer fast genauen Wiederholung dieses mehr als barbarischen Verfahrens sich anschickt, ... einige Jahre, nachdem Millionen von Männern ihr Leben hingaben im Glauben, für Freiheit und das Recht der kleinen Nationen zu kämpfen.

Angeichts dieser geistigen Einstellung der Weißen gegenüber den Farbigen ist es wohl am Platze, sich einer schon seit langem bestehenden Organisation zu erinnern, der **Schweizerischen Liga für Eingeborenenschutz**,*) die in enger Verbindung mit Organisationen in großen Kolonialstaaten sich bemüht, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Ungerechtigkeiten zu lenken, die beständig den meist hilflosen Farbigen gegenüber begangen werden. Hiergegen ist die Aufklärung der Öffentlichkeit wohl das einzige Mittel.

Felix Speiser.

*) Sekretariat: Bundesplatz 1, Luzern. Kleinster jährlicher Beitrag: Fr. 2